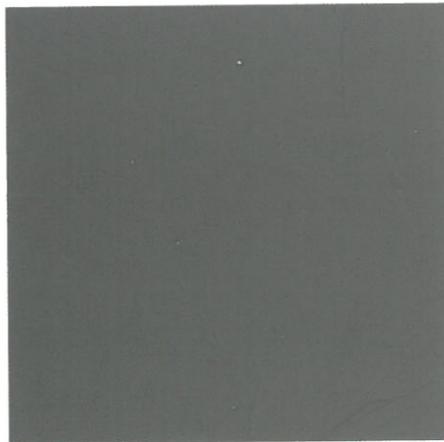


**01
2016**



**Wer ist
das Volk?**

**Die Vermessung der
Demokratie –
Spannungen im
zivilgesellschaftlichen
Bewusstsein**

**Journal für
Philosophie
und Gesellschaft
Arbeit und Technik
Kunst und Kultur**

latenz

st
es
lik
.“

Die Republik kennt nur Bürger. Die Republik ist damit die perfekte Gussform für eine europäische Verfassung. Sie bietet auch die perfekte sprachliche Brücke für die Transformation eines europäischen Projektes der Wirtschaftsintegration in ein politisches Projekt. Wird es nicht Zeit dafür? Wird es nicht Zeit für die Europäische Republik? Dann lasst uns gemeinsam an ihr bauen!

Staaten und Mächte kommen und gehen

Die anderen Wege der Demokratie

Eine globalgeschichtliche Perspektive

Von Yves Sintomer

Das gerade begonnene Jahrhundert ist durch eine Paradoxie gekennzeichnet. Auf der einen Seite erscheint die Demokratie attraktiver denn je für jene Völker, die sie entbehren müssen. Der arabische Frühling und die Revolutionen, welche die autoritären Regierungen in Burma und der Ukraine zu Fall brachten, stehen im Zusammenhang mit jener neuen historischen Demokratisierungswelle, die bereits eine Vielzahl an Diktaturen einstürzen ließ – zugunsten rechtsstaatlicher Institutionen sowie der repräsentativen Regierungsform. Noch nie hat es weltweit so viele formal demokratische Regime gegeben. Keine Ideologie ist heute in der Lage, sich als globale Alternative zur Demokratie auszugeben. Auf der anderen Seite scheinen freie Wahlen in den Demokratien des „globalen Nordens“ (d. h. in Europa, im englisch- wie französisch-sprachige Nordamerika, in Australien und Neuseeland wie auch Japan) nicht mehr zu genügen, um die Entscheidungen der Abgeordneten vor der öffentlichen Meinung wirklich zu legitimieren; und die ökonomische wie soziale Krise, welche sich zusammen mit der des Finanzkapitalismus entfaltet, hat die Situation noch angespannter werden lassen. Das Misstrauen ist von Dauer und verschärft sich sogar tendenziell noch. Die Länder des „alten Kontinents“ müssen dieser noch nie dagewesenen Verbindung mehrerer Krisen, der politischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen, geostrategischen und identitären, deren innere Dynamiken und Geschwindigkeiten sich zwar unterscheiden, deren Wirkungen sich jedoch verbinden und gegenseitig verstärken, die Stirn bieten. Es sieht ganz so aus, als würden die repräsentativen politischen Systeme angesichts der Schnelligkeit und Tiefe der gesellschaftlichen Veränderungen auf der Stelle treten. In ihrem „institutionellen Design“ wie in den Begründungen, die sie verlangen, um

„Es sieht ganz so aus, als würden die repräsentativen politischen Systeme angesichts der Schnelligkeit und Tiefe der gesellschaftlichen Veränderungen auf der Stelle treten.“

ihre Legitimität zu stützen, haben sie sich im Lauf der vergangenen Jahrzehnte wenig weiterentwickelt. Und dann noch die Ernüchterung über die „neuen Demokratien“: Einige scheinen sogar einen autoritären Weg einzuschlagen, besonders in Ost-Europa, während die arabischen Revolutionen größtenteils vor dem Bürgerkrieg oder den wieder eingeführten Diktaturen zurückweichen.

Die herrschende Vorstellung von Demokratie

Wie ist dieser Paradoxie Rechnung zu tragen? Zweifellos gilt es dafür einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Kurze Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer schrieb Francis Fukuyama in einem jener politischen Essays, die zu den weltweit erfolgreichsten im ausgehenden 20. Jahrhundert gehören: „Ich [...] argumentierte [...], daß die liberale Demokratie möglicherweise den ‚Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit‘ und die ‚endgültige menschliche Regierungsform‘ darstellt. Sie wäre demnach das ‚Ende der Geschichte‘. Während frühere Regierungsformen schwere Mängel und irrationale Züge aufwiesen, die schließlich zu ihrem Zusammenbruch führten, ist die liberale Demokratie bemerkenswert frei von solchen fundamentalen inneren Widersprüchen. [...] Es mag zwar durchaus Länder geben, wo es nicht gelingt, eine stabile liberale Demokratie zu errichten, andere Länder mögen in primitivere Herrschaftsformen wie Theokratie oder Militärdiktatur zurückfallen, aber das *Ideal* der liberalen Demokratie ist nicht verbesserungsbedürftig.“ [1]

Die liberale Demokratie als Ende der Geschichte?

Das *Ende der Geschichte und der letzte Mensch* war sicherlich kein großes Buch und seine Hauptaussagen sind nach zwei Jahrzehnten veraltet und überholt. Die Größe des Autors liegt jedoch darin, dass er den Geist jener Zeit in einer philosophischen Terminologie zu fassen vermochte. Zwar kann man sich über den Hochmut eines Fukuyama lustig machen, aber steht diese Theorie – ungeachtet der äußerst ungeschminkten Ausdrucksweise – nicht dennoch und nach wie vor in Rede? Diese Selbstverständlichkeiten scheinen nicht verhandelbar: Demokratie, d. h. Rechtsstaat, Menschenrechte und freie Wahlen, kurz, liberale Demokratie.

Auf dieser Grundlage sind vor allem zwei große Narrative im Umlauf: Das erste, gut dargestellt von Fukuyama selbst, geht davon aus,

dass das westliche Leitbild dazu berufen ist, sich nach und nach und überall dort durchzusetzen, wo Gesellschaften sich entwickeln, die Völker erwachsen werden und ihre Interessen bewusst wahrnehmen. Die zweite wird in Thesen wie jener von Samuel P. Huntington verteidigt: Einige Kulturen seien von Natur aus nur schwer mit der Demokratie vereinbar, insbesondere die muslimische Welt oder das von konfuzianistischer Tradition geprägte Ost- und Südwest-Asien. Es sei folglich trügerisch, diese weltweit installieren zu wollen, und es wäre vernünftiger, sich damit zu begnügen, „unsere Werte“ in „unserem Land“ mit Zähnen und Klauen zu verteidigen; ganz im Einvernehmen mit den autoritären Regimen in den anderen Regionen der Welt – vorausgesetzt, dass diese sich nicht an einem „Krieg der Kulturen“ beteiligen und dass sie die Unternehmen und Verbraucher der westlichen Welt mit Rohstoffen und günstigen Waren beliefern. [2] Beide Sichtweisen werden übrigens von führenden Politikern der Süd-Halbkugel weitgehend geteilt; entweder wenn sie beklagen, dass ihre Länder noch nicht reif für die Demokratie seien, diese jedoch das erklärte Ziel sei, oder wenn sie umgekehrt verkünden, dass die Demokratie eine Regierungsform sei, die, da westlich, nicht übertragbar sei.

Die Kriterien der Demokratie

Der gemeinsame Punkt dieser scheinbar gegensätzlichen Narrative ist folgender: Die liberale Demokratie wird vom einen wie vom anderen als Synonym für Demokratie schlechthin verstanden. Es ist die gemeinsame Voraussetzung, welche die meisten Rankings leitet, die den jeweiligen Grad an Demokratie, den verschiedene Länder der Erde erreichen, zu messen beanspruchen. Nehmen wir nur die berühmteste Bewertungsskala, die jährlich vom US-amerikanischen *think tank* namens *Freedom House* festgelegt wird. Ihre Kriterien haben den Vorzug, dass sie klar und verständlich sind. [3] Sie verteilen sich (Stand: 27.11.2012) auf die politischen Rechte, die im Wesentlichen freie Wahlen mit konkurrierenden Parteien beinhalten, und auf die Bürgerrechte, wie Meinungs- und Religionsfreiheit, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sowie das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, den Rechtsstaat, das Recht auf Selbstbestimmung und die Individualrechte.

Das Ranking des englischen Magazins *The Economist* ist differenzierter. [4] Es beinhaltet um die sechzig Kriterien, unterteilt in fünf Oberthemen: freie Wahlen unter konkurrierenden Parteien, bürgerli-

„Die liberale Demokratie wird vom einen wie vom anderen als Synonym für Demokratie schlechthin verstanden.“

„Diese Selbstverständlichkeiten scheinen nicht verhandelbar: Demokratie, d. h. Rechtsstaat, Menschenrechte und freie Wahlen, kurz, liberale Demokratie.“

„The government
of the people,
by the people,
for the people.“

che Freiheiten, gutes Funktionieren der Regierung, politische Partizipation sowie eine demokratische politische Kultur. Im Kern geht es in dieser Untersuchung darum, zu bestimmen, in wie weit aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen imstande sind, ihre politischen Ziele umzusetzen, ohne von Mächten wie etwa dem Militär oder Kräften im Ausland maßgeblich beeinflusst zu werden – was schließlich nachvollziehbar ist. Und selbstverständlich erreichen in Anbetracht dieser Kriterien die Länder des „globalen Nordens“ die Spitzenplätze – ein Resultat, das sich durchaus als sowjetisch qualifizieren ließe.

Warum aber nimmt das politische Misstrauen in den Demokratien des „globalen Nordens“ derartig zu? Warum verwandelt sich der revolutionäre Enthusiasmus so rasch in Enttäuschung, sobald sich neue liberale Demokratien etablieren? Um auf solche Fragen zu antworten, gilt es ein paar Schritte zurückzugehen. Um das 21. Jahrhundert und seine Herausforderungen zu reflektieren, ist eine offenere und viel weitere Konzeption von Demokratie erforderlich.

Etymologisch heißt Demokratie bekanntlich „Macht des Volkes“ – eine Kombination aus *Demos* und *Kratos*. Für die Griechen war sie die Staatsform, in der die große Mehrheit die Macht ausübte und nicht die Minderheit (Aristokratie) oder ein Einzelner (Monarchie). Die moderne politische Philosophie hat sich freilich weit entfernt von dieser Definition, aber ist davon nicht doch noch etwas geblieben? Eine Staatsform, in der die Macht legal monopolisiert würde, faktisch von einer kleinen Elite und für deren Profit – wäre das wirklich eine Demokratie? In der Moderne ist zweifellos die Demokratiedefinition von Abraham Lincoln aus seiner bekannten Rede von Gettysburg am bekanntesten, in der er 1863 erklärte, dass der Bürgerkrieg den Vereinigten Staaten Gewalt und Tod gebracht habe. Die Demokratie, sagte er schließlich, sei „the government of the people, by the people, for the people“. Abgesehen von ihrer Schlichtheit und Eleganz bedarf diese Formulierung einiger Erläuterungen. „Regierung des Volkes“ bedeutet, dass Letzteres regiert wird, dass demnach eine institutionelle Ordnung existiert, die in einer öffentlich wirksamen Politik zum Tragen kommt (also nicht das, was gemeinhin Anarchie genannt wird). Regierung „durch das Volk“ bedeutet, dass Letzteres nicht einfach passiv bleibt, sondern dass es seine Staatsbürgerschaft aktiv ausübt, dass es nach Selbstregierung strebt. Schließlich bedeutet Regierung „für das Volk“, dass die betriebene Politik nicht dem Vorteil einer privilegierten Minderheit dient, sondern das Gemeinwohl zum Ziel hat. Schließlich be-

zeichnet das englische Wort *people*, ganz wie „das Volk“ auf Deutsch oder *Demos* auf Altgriechisch, zugleich die Gesamtheit der Bürger sowie die „kleinen Leute“ im Gegensatz zu den Eliten. Führen wir uns, ausgerüstet mit dieser Etymologie und der breiten Definition von Demokratie, die Rankings von *Freedom House* oder *The Economist* noch einmal mit erhöhter Aufmerksamkeit vor Augen. Denn weit mehr als die dort genannten sind vor allem die nicht-Genannten Kriterien anfechtbar.

Die soziale Dimension

Zur Regierung „für“ das Volk (die in der politischen Theorie gemeinhin „substantielle Demokratie“ genannt wird [5]) gibt es in der Tat wenige offene Fragen in diesen Listen. Offensichtlich betrachten wir die westlichen politischen Systeme nicht aus derselben Perspektive, wenn ihre Staaten nicht imstande sind, eine öffentliche Verwaltung zu schaffen, die diesen Namen verdient, und einen effizienten Sozialstaat zu garantieren. Die modernen liberalen Regime tendierten lange Zeit fast ausschließlich dahin, die Besitzenden zu begünstigen, was eben zu jenen Kriegen und Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts beitrug. Es bedurfte erst der Zerstörungen durch die Kriege und des Aufbaus des Sozialstaates, um diesen Trend umzukehren. [6] Die sozialen Rechte (auf soziale Sicherheit, auf Arbeit und Bildung – kostenlos bis mindestens einschließlich der höheren Schulausbildung – auf ausreichenden Wohlstand und Kultur etc.) wurden ausdrücklich in der *Erklärung der allgemeinen Menschenrechte* proklamiert, die 1948 von den Vereinten Nationen übernommen wurden. Dem renommierten Politologen Thomas H. Marshall zufolge wurde diese neue Generation von Rechten den bürgerlichen und politischen Rechten hinzugefügt. [7] Ihr Quasiverschwinden im Ranking von *Freedom House* und *The Economist* lässt sich andererseits mit deren extrem liberaler Schlagseite erklären. Im Gegenzug verzichten diese Kriterienlisten aber nicht darauf, den Schutz des Rechts auf Eigentum und des privaten unternehmerischen Handelns, das vor „ungerechtfertigter Einflussnahme durch Regierungen“ abgeschirmt wird, zu den Basiskriterien von Demokratie zu zählen.

Die Kritik am Modell der liberalen Demokratie im Namen der Sozialrechte ist nicht neu, aber es ist unumgänglich, an sie zu erinnern. Am Ende des 20. Jahrhunderts hat der Kampf um soziale Rechte aufgrund der Verwerfungen, welche durch den exponentiellen Anstieg

„Die Kritik
am Modell der
liberalen Demokratie
im Namen der Sozialrechte
ist nicht neu,
aber es ist unumgänglich,
an sie zu erinnern.“

„Zugleich gilt es die Idee zu verteidigen, dass es eine Wahlverwandtschaft zwischen Demokratisierung und Gemeingütern gibt, die zwar zur individuellen Nutzung bereitstehen, aber kein Privatbesitz sein können – Luft und Wasser sind nur die augenfälligsten Beispiele dafür.“

der Ungleichheiten im Finanzkapitalismus entstanden sind, seine Aktualität wiedererlangt. Eines der Demokratisierungskriterien sollte sein, in wieweit es möglich ist, Ungleichheiten zu reduzieren – messbar beispielsweise durch den *Gini*-Koeffizienten, der den Grad an Ungleichheit in einer Gesellschaft berechnet. So zeigt die Weltkarte des *Gini*-Faktors, dass es sich bei denjenigen Regimen, die am besten abschneiden, nicht unbedingt um liberale Demokratien des „globalen Nordens“ handelt – die USA schneiden zum Beispiel besonders schlecht ab.

Im 21. Jahrhundert verdienen die sozialen Rechte in ihrem ganzen Ausmaß besondere Beachtung. Wie kann man etwa die Existenz eines Internets, das allen gleichermaßen zur Verfügung steht, nicht als Kriterium berücksichtigen? Und statt von der Beschränkung des „ungerechtfertigten Regierungseinflusses“ auf private Unternehmen zu sprechen, besteht der demokratische Handlungsbedarf doch ganz im Gegenteil gerade darin, die Macht des Finanzkapitalismus zu begrenzen, den verschärften Wettbewerb zu kontrollieren, dem Staaten und Arbeitnehmer unterworfen sind, Steuerparadiese und exorbitante Vergütungen für eine Hand voll Unternehmensvorstände abzuschaffen, sowie den Einfluss von wenig glaubwürdigen und kaum kontrollierten Ratingagenturen zu beschränken. Zugleich gilt es, die Idee zu verteidigen, dass es eine Wahlverwandtschaft zwischen Demokratisierung und Gemeingütern gibt, die zwar zur individuellen Nutzung bereitstehen, aber kein Privatbesitz sein können – Luft und Wasser sind nur die augenfälligsten Beispiele dafür. [8] Darüber hinaus gehören jene Mechanismen, welche Arbeitnehmern erlauben, die wirtschaftliche und politische Ausrichtung der Unternehmen, in denen sie tätig sind, kollektiv zu kontrollieren (mindestens so wie die Mitbestimmungsrechte in deutschen Unternehmen), in eine Definition von Demokratie, die diesen Namen wirklich verdient.

Die sozialen Bewegungen der unteren Klassen und die soziologischen Forschungen haben außerdem schon seit langem die formale Gleichheit vor dem Gesetz relativiert. Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer begünstigte die repräsentative Regierungsform deutlich Personen aus höheren sozialen Schichten beim Zugang zu politischen Ämtern. Und die Politik, welche die zunehmende Konzentration des Reichtums in den Händen einiger weniger favorisierte, wurde selbstverständlich von Angehörigen der Oberschicht betrieben. Wenn die Macht aber de facto von einer herrschenden sozia-

len Gruppierung monopolisiert wird, d.h. wenn diejenigen (die nur in seltenen Fällen weiblich sind), welche die Macht ausüben, eine Gruppe von Berufspolitikern sind, welche die anderen Bürger ausschließen, bewirkt die soziale Homogenität dieser Regierungseliten, dass ganze Bevölkerungsgruppen symbolisch wie praktisch marginalisiert werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Forderung nach einer höheren Präsenz von Frauen in den politischen Leitungsgremien ihre Spuren in den Rankings von *The Economist* und *Freedom House* hinterlassen. Jedoch kommt selbst Ersterer beim Nachdenken über das Männer-Frauen-Verhältnis kaum über Begriffe wie „deskriptive Repräsentation“ [9] hinaus, derzufolge Demokratie impliziert, dass die politisch Verantwortlichen die soziologische Vielfalt der Bürger repräsentierten. Diese soziologische Repräsentation, verstanden als konstitutive Dimension von Demokratie, überrascht immerhin mit einer beachtlichen Herunterstufung der Länder des „globalen Nordens“ – zumindest was die Präsenz von Personen aus der Unterschicht in verantwortlichen politischen Positionen angeht.

Die prozedurale Dimension: jenseits der Wahlen

Es ist richtig, dass die soziale Dimension der Demokratie von den liberalen Theorien, welche sich auf einen formellen oder prozeduralen Demokratie-Begriff beschränken, ausdrücklich zurückgewiesen wird. Ungeachtet dessen muss die mehrheitlich verbreitete Vorstellung davon verwundert werden. Warum sollte man sich allein auf Wahlen beschränken und über andere demokratische Verfahrensweisen hinwegsehen? Warum wird die Institution des Referendums unterschlagen, der Volksbegehren und Volksentscheide und des Abwahlverfahrens, wodurch unter bestimmten Bedingungen ein politisches Mandat zurückgefordert werden kann, wenn die Mehrheit der Wähler so entscheidet? Die Möglichkeit einer direkten Ausübung der Volkssouveränität wird ausdrücklich in der *Menschenrechtserklärung* von 1789 genannt. Solche Verfahrensweisen stärken unbestreitbar jede Regierung „durch das Volk“. Das gleiche gilt für alle Mitwirkungsverfahren, die eine aktive Teilnahme der Bürger am normalen Ablauf des öffentlichen Politikbetriebes ermöglichen. Die partizipative und deliberative Demokratie behauptet, dass der öffentliche Dienst auch wirklich im Dienste der Öffentlichkeit [10] steht, was bedeutet, dass die öffentliche Verwaltung in den fortgeschrittensten Fällen zugleich die Gegenmacht sowie das *empowerment* subalternen Gruppen unterstützt. [11] Solche Ansätze ha-

„Es ist richtig, dass die soziale Dimension der Demokratie von den liberalen Theorien, welche sich auf einen formellen oder prozeduralen Demokratie-Begriff beschränken, ausdrücklich zurückgewiesen wird.“

„Im Zeitalter der globalen Ordnungs- und Strukturpolitik sowie der Klimaerwärmung wäre die Demokratie ihres Namens nicht würdig, wenn sie sich nicht auf neue Bereiche ausdehnen würde.“

ben sich in den vergangenen Jahrzehnten vervielfacht. Ein Kriterium für die Intensität und Qualität solch partizipativer Verfahren scheint heute jedenfalls unverzichtbar.

Eine historisch bedeutsame Reflexion müsste noch mehr Distanz gegenüber dem aktuellen Zustand der westlichen Demokratie wahren. Im antiken Griechenland wäre die Äquivalenz „Wahlen = Demokratie“ absurd erschienen. Für Aristoteles galt selbstverständlich „als demokratisch, die Ämter durch Los zu besetzen, dagegen als oligarchisch, die Inhaber zu wählen“ [12]. In der gesamten Geschichte war das Losverfahren zusammen mit dem Wahlverfahren ein bevorzugtes Instrument, um die verantwortlichen Politiker zu ernennen. Heutzutage ist das Losverfahren zur Bestimmung von Repräsentanten wieder vermehrt im Kommen. [13] Entgegen der gewöhnlichen Vorstellungen der Anhänger der liberalen Demokratie scheint es dringend erforderlich, das Losverfahren als Kriterium aufzunehmen, um im Rückgriff darauf Frauen und Männer einzusetzen, die im Namen der Bürger sprechen oder entscheiden.

Die Demokratie im Zeitalter des Anthropozäns und der Globalisierung

Gehen wir einen Schritt weiter. Im Zeitalter der globalen Ordnungs- und Strukturpolitik sowie der Klimaerwärmung wäre die Demokratie ihres Namens nicht würdig, wenn sie sich nicht auf neue Bereiche ausdehnen würde. Unser Leben wird zunehmend von den Produkten der Technowissenschaften bestimmt [14] und die Arbeitsbereiche, in denen diese Produkte hergestellt werden, sind außerhalb jeder demokratischen Kontrolle entstanden – durch Absprachen zwischen Aktionären, Managern und Technokraten. Folglich sind es meist die mit den Interessen der Industrie eng verbundenen Technokraten in den Behörden, die deren Durchsetzung auf dem Markt autorisieren und Gelegenheiten für bürgerschaftlichen Protest gegen diese Entscheidungen oder wo man in der Lage wäre, diese zu beeinflussen, gibt es kaum. Der Einsatz ist entscheidend. Auch hier beweist das Fehlen eines Kriteriums in der Bewertungsskala der Demokratie, das diese umfangreiche Thematik mit einschließt, die Existenz eines verblendenden Archaismus.

Man kann dasselbe über die Art und Weise sagen, mit der die Demokratie in das Korsett des Nationalstaates gezwängt wird. Ursprünglich war sie eine Konstruktion der Stadtstaaten, deren geografischer

und demografischer Umfang relativ überschaubar war. Mit der Moderne aber wurde der Nationalstaat zum größten gemeinschaftlichen Rahmen, innerhalb dessen sie sich zwar entfalten konnte, allerdings um den Preis der Auslöschung oder Kolonisierung zahlreicher Völker bzw. deren Abhängigkeit von den Staaten des „globalen Nordens“. Heute spottet die Klimaerwärmung jeder Grenze. Die typischen Institutionen liberaler Demokratie wie Rechtsstaat, die Individualrechte und freie Wahlen können nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit funktionieren. [15] Die Weltordnungspolitik befördert zudem die Vermischung von privaten und öffentlichen Akteuren. Das Rechtssystem hat ein Ausmaß an Regelungswirrwarr wiedererlangt, wie es einst mit dem Ancien Régime verschwunden schien. Das Modell einer Wertehierarchie, wonach die Verfassung über allem thront, die Gesetze die unteren Ränge belegen und die Richter „der Mund des Gesetzes“ sind, um eine berühmte Formulierung Montesquieus zu gebrauchen, gehört definitiv der Vergangenheit an. Man wohnt der Thronbesteigung der „postmodernen Norm“ [16] bei. Und sei es auch nur mit der Begründung, dass die demokratische Frage heutzutage nicht mehr auf die rein konstitutionelle Vision der Gewaltenteilung, wie sie im 18. Jahrhundert entworfen wurde, beschränkt bleiben kann.

Das Gleiche lässt sich zur Repräsentanz künftiger Generationen sagen. Die liberale Demokratie ruht zunehmend auf einem zu kurz greifenden Zeitverständnis, die Berufspolitiker haben nur noch die nächste Wahl vor Augen. In der Ära des Anthropozäns ist es offensichtlich, dass die künftigen Generationen von den Entscheidungen, die heute fallen, hart getroffen sein werden. Keine Institution in der liberalen Demokratie ist damit beauftragt, sie gesondert zu vertreten. Freilich kann man sagen, dass es unmöglich ist, sich für etwas einzusetzen, das nicht wirklich existiert, aber die Nation selbst hat auch keine konkretere Existenz als ihre künftigen Generationen! Die Einrichtung spezieller Institutionen, die erlauben, diese zu vertreten, wird sowohl in der akademischen Szene wie unter politischen Aktivisten [17] heftig diskutiert und wird bereits ansatzweise in der politischen Praxis ausprobiert – was ein weiteres Kriterium für Demokratie sein sollte.

Erst die detaillierte Rückschau auf jene Bewertungsmaßstäbe, die auf den liberalen Konzeptionen der Demokratie basieren, ermöglicht es, sich ihrer Sackgassen bewusst zu werden. Diese sind eng, hinterwäldlerisch und von gestern. Es ist nicht verwunderlich, dass sie unfähig sind, dem zunehmenden Misstrauen in den „alten Demokratien“

„Die liberale Demokratie ruht zunehmend auf einem zu kurz greifenden Zeitverständnis, die Berufspolitiker haben nur noch die nächste Wahl vor Augen.“

„Eine alternative Sicht sollte sich nicht als ein noch ausstehendes Ende der Geschichte präsentieren oder als ein unausweichlicher Horizont, auf den die menschlichen Gesellschaften zusteuern.“

und den schnell eintretenden Enttäuschungen, mit denen die „neuen“ zu kämpfen haben, Rechnung zu tragen. Die modernen Demokratien hatten ihre Freiheit in der Abgrenzung vom antiken Vorbild bestimmt. Wir können in dieser Sache jedoch nicht bei Benjamin Constant stehen bleiben. [18] Vielmehr müssen wir den Begriff der Demokratie des 21. Jahrhunderts im Kontrast zu jenem der Moderne entwickeln. Niemand kommt auf die Idee, die griechische Demokratie als Modell vorzuschlagen, das in unserem Jahrhundert noch reproduzierbar wäre, auch wenn sie in vielen Punkten eine Inspirationsquelle darstellt. Auf die gleiche Weise sollten die liberalen Demokratien der vergangenen beiden Jahrhunderte betrachtet werden.

Dabei müssen alle Zusammenhänge berücksichtigt werden. Die Liste mit den neuen Kriterien der Demokratie, die wir hier begonnen haben aufzustellen, will nicht das Bild eines Idealzustandes ausmalen, das die historische Epistemologie liberaler Demokratie konserviert. Eine alternative Sicht sollte sich nicht als ein noch ausstehendes Ende der Geschichte präsentieren oder als ein unausweichlicher Horizont, auf den die menschlichen Gesellschaften zusteuern. Das ist außerdem der Grund, warum die Fähigkeit zu einer demokratischen Erneuerung (etwa durch Möglichkeiten, die Verfassung zu verbessern, das Schaffen experimenteller Räume oder die Förderung soziopolitischer Dynamiken, welche die Praktiken wie die Institutionen verändern) so entscheidend ist. Die neuen Dimensionen der Demokratie, die uns auf den Plan gerufen haben, beginnen mit einer Diagnostik der Gegenwart. Sie sind das Ergebnis der in den sozialen Bewegungen ausgedrückten Sehnsüchte, die von Praktikern wie Theoretikern in äußerst unterschiedlichen sozialen Bereichen und Ländern identifiziert wurden und die sowohl den theoretischen Traditionen wie der aktuellen Politik oft entgegengesetzt sind. Ihre Darlegung soll uns zunächst veranlassen, auf Distanz zu den Evidenzen der modernen westlichen Demokratie zu gehen, um eine historischere und globalere Sichtweise zu entwickeln, kurz, um besser zu begreifen, woher wir kommen und wohin wir gehen.

Die Lehren aus der Globalgeschichte

Bereits vor Jahrzehnten lösten die Geschichtswissenschaften eine „globale Wende“ aus, die uns anregen kann. Die mythischen Narrative über die Ursachen der industriellen Revolution und die Entstehung des

modernen Kapitalismus haben das Feld zugunsten komplexerer und weniger eurozentrischer Analysen geräumt.

Ein Paradigmenwechsel

Abgesehen von einer Minderheit, die nicht aufhören kann, noch tiefere Gräben auszuheben als die gängige National- bzw. Imperialgeschichte [19], blieb die Geschichtsschreibung im „globalen Norden“ der Moderne von Grund auf ethnozentrisch. Kurzum: Sie war zweigeteilt und asymmetrisch. Sie fokussierte sich auf die europäischen Eigenheiten und betrachtete den Rest der Menschheit als Kontrastprogramm. Sie beanspruchte, dass allein die westliche Welt am Ende eines langen Reifeprozesses, mit der Erfindung des Kapitalismus, der Wissenschaften und der modernen Demokratie, eine Zäsur in der Weltgeschichte eingeleitet habe und dass sie deshalb und zurecht dem Rest der Welt ihre Herrschaft auferlege und zugleich ein Modell zur Nachahmung anbiete. Verträte man einen vergleichenden Ansatz, würde sich zeigen, dass der Gebrauch der Quellen umso einseitiger war, da er vor allem auf den Analysen und Narrativen des Westens basierte; die Geschichtsschreibung konstruierte das Andere, Exotische, gleichsam als Abklatsch des vertrauten Modells. [20] Am Rest der Welt wurden generell lediglich die Defekte im Vergleich zur soziopolitischen Dynamik des Westens festgestellt: geschichtslos, stagnierend, fest im Griff des asiatischen Despotismus oder immer noch in urzeitlichem Zustand verharrend, verurteilt zur ewigen Wiederkehr von Aufstieg und Niedergang – weshalb ihr das europäische Wunder auch niemals gelingen konnte. [21]

Eine derartige Sichtweise war eng an einen bestimmten historischen Zeitabschnitt gebunden. Als sich die modernen Sozial- und Geschichtswissenschaften im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausbildeten, schien der Westen auf seinem Zenit. Alfred W. Crosby schreibt dazu: „Vor einem Jahrhundert war das Bild, welches die Historiker (fast alle Europäer oder Euro-Amerikaner) von Imperialismus und industrieller Revolution zeichneten, ein recht simples: Die Europäer haben den Rest der Welt erobert oder zumindest unter ihre Kontrolle gebracht, weil sie die Besseren waren“ [22] – die Rationaleren und die Effizienteren. Entscheidend bleibt die Frage, warum sie über zwei oder drei Jahrhunderte so viel Erfolg hatten, und insbesondere, warum die erste industrielle Revolution in England stattfand und nicht woanders; doch sie wurde von je her relativiert und in einen komple-

„Sie beanspruchte, dass allein die westliche Welt am Ende eines langen Reifeprozesses, mit der Erfindung des Kapitalismus, der Wissenschaften und der modernen Demokratie, eine Zäsur in der Weltgeschichte eingeleitet habe und dass sie deshalb und zurecht dem Rest der Welt ihre Herrschaft auferlege und zugleich ein Modell zur Nachahmung anbiete.“

„Da die Theorien der Demokratie deren Zustand in der Welt anhand einer größtenteils irreführenden Version der Geschichte des Westen bewerten, wirkt ihr Anspruch völlig übertrieben.“

xeren Ansatz integriert. Indem sie sich auf ältere Untersuchungen, aber auch auf neue Quellen und innovative Forschungen stützt, vermag die Globalgeschichte eine radikal neue Perspektive zu eröffnen. [23]

Die „zehn Gebote“ der Globalgeschichte

Es tauchen immer mehr Fragen auf, welche den einseitigen Blick auf das Mega-Narrativ Europas und dessen Einzigartigkeit dezentrieren. Jenseits der empirischen Ergebnisse, die noch zur Diskussion stehen, können die weitgehend geteilten Prinzipien, auf denen die neue Globalgeschichte aufbaut, in „zehn Geboten“ zusammengefasst werden. [24] Folgt man diesen, lässt sich ohne weiteres feststellen, inwiefern die vorherrschende Demokratie-Vorstellung einfach arrogant ist. Die Sozio-Ökonomie der vergangenen Jahrzehnte hat differenzierte Modelle des Kapitalismus und des Sozialstaates erarbeitet. [25] Das bedeutet: Da die Theorien der Demokratie deren Zustand in der Welt anhand einer größtenteils irreführenden Version der Geschichte des Westen bewerten, wirkt ihr Anspruch völlig übertrieben. Wir wollen deshalb mit Hilfe einiger Beispiele jene „zehn Gebote“ der Globalgeschichte genauer betrachten, die uns gestatten, mit dieser herkömmlichen Vorstellung zu brechen.

1. Du sollst akzeptieren, dass die Dinge sich nicht nur zu Beginn des 18. Jahrhunderts abgespielten! Vom Mittelalter an schufen die europäischen Städte besonders rege Heimstätten deliberativer Techniken zur Diskussion und Entscheidungsfindung. Die Abstimmungs- und Losverfahren machten dort eine bemerkenswerte Entwicklung. Bürgerschaft und Wahlkampf erlangten große Bedeutung, waren sie doch eng verschränkt mit dem Wiederauftauchen der Politik – nicht im Sinne eines Kampfes um die Macht im Staat, wie das fast überall stattfand, sondern als Institutionalisierung des öffentlichen Raumes. [26] Diese Dynamik erstreckte sich teilweise auf die großen Staaten mit all den Kontroversen, die den religiösen Reformen folgten. [27] Gleichzeitig darf diese europäische Ausnahmeerscheinung nicht überbewertet werden. Öffentliche Mitbestimmung ist kein Monopol des Abendlandes. [28] Das Legalitätsprinzip, so wie es im 18. Jahrhundert von Beccaria und 1789 in der *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* theoretisiert wurde („Kein Mensch darf angeklagt, verhaftet oder gefangen gehalten werden, außer in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und gemäß den Formen, das dieses vorschreibt“), war in China seit der

Tang-Dynastie (618–907) gang und gäbe. [29] Und weil dies seinem ausgedehnten Reich einen dauerhaften Frieden versprach, widmete der chinesische Staat jahrhundertlang kaum die Hälfte seines Haushaltes den Militärausgaben, wohingegen dieselben in Europa zwischen 70 und 90 Prozent verschlangen. China war somit imstande, seiner Bevölkerung einen viel besseren öffentlichen Dienst zu bieten als die Länder am anderen Ende Eurasiens. [30]

2. Du sollst die Homogenität der großen geografischen und kulturellen Blöcke relativieren! Westeuropa war der Ort umfangreicher demokratischer Experimente, aber auch der Gesellschaften, die sich dem Idealtyp des Totalitarismus zuwandten. Mehr noch: Die Tradition, welche die liberalen Demokratien mit den repräsentativen Regierungsformen, die am Ende des 18. Jahrhunderts entstanden sind, verbindet, unterschlägt zum Teil jene inneren Brüche und Konflikte, die notwendig waren, um den Übergang von der Aristokratie des 19. Jahrhunderts zur Massendemokratie zu vollziehen.

3. Du sollst den Fortschritt des Westens nicht aus sich selbst heraus erklären, sondern aus den Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie! Es gab noch nie eine repräsentative Regierung, die den kolonisierten Völkern erlaubt hätte, an Wahlen teilzunehmen, wie den Menschen im Mutterland. Um ihre Versorgung mit Rohstoffen, vor allem mit dem Energieträger Kohle [31], sicherzustellen, ihre Industrieprodukte abzusetzen und um den Kommunismus zu bekämpfen, betrieben die „freien“ Regime des Westens nach der Entkolonisierung eine Außenpolitik, die in den meisten Ländern der Südhalbkugel autoritäre oder diktatorische Regime aktiv unterstützte.

4. Du sollst begreifen, dass die Geschichte sowohl „kontinuierlich“ als auch „diskontinuierlich“ verläuft! Der Gedanke, wie er in Artikel 6 der *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* von 1789 ausgedrückt ist, gemäß dem alle Bürger, die vor dem Gesetz gleich sind, „gleichweise zu allen Würden, Stellungen und Beamten nach ihrer Fähigkeit zugelassen ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Tugenden und ihrer Talente“, begründet eine der Säulen der modernen Freiheit. Die Posten von Amtsträgern müssen nach einer Prüfung besetzt werden und dürfen nicht verkauft, von der Aristokratie monopolisiert oder durch Günstlingswirtschaft vergeben werden. Dieses Verfahren wurde aus dem kaiserlichen China importiert, wo das schon seit sehr langer Zeit so praktiziert wurde. Die Jesuiten spielten bei dieser Über-

„Westeuropa war der Ort umfangreicher demokratischer Experimente, aber auch der Gesellschaften, die sich dem Idealtyp des Totalitarismus zuwandten.“

„Der Übergang
von der Kohle zum Öl
ist beispielsweise wichtig,
um die Schwächung
der traditionellen
Gewerkschaftsbewegungen
in den vergangenen
Jahrzehnten
zu verstehen.“

nahme eine Schlüsselrolle. Sie lobten die Rationalität der chinesischen Verwaltung, die bis zur Mitte des 18. Jahrhundert zweifellos die weltweit fortschrittlichste war und Napoleon als Modell diente, um den Wettbewerb im öffentlichen Dienst einzuführen. [32] In den folgenden zwei Jahrhunderten dominierten Übernahmen vom „globalen Norden“; aber teilweise hat sich die Richtung bereits wieder umgekehrt. Ein Großteil der demokratischen Erneuerung wird künftig von der Süd-Halbkugel kommen, wie es die Beispiele des *empowerment* oder des Bürgerhaushaltes zeigen.

5. *Du sollst die ökologischen und geografischen Faktoren vollständig in die historische Analyse mit einbeziehen!* Seitdem klar ist, dass die liberalen Demokratien Regime sind, die eine Entwicklung versprechen, welche den Planeten in das Zeitalter des Anthropozäns führten, ist deren historische Bilanz bestürzend. [33] Sogar der Modus ihrer politischen Konflikte hat sich gewandelt: Der Übergang von der Kohle zum Öl ist beispielsweise wichtig, um die Schwächung der traditionellen Gewerkschaftsbewegungen in den vergangenen Jahrzehnten zu verstehen. [34] Mehr noch: Man muss schon blind sein, wie *Freedom House*, um nicht zu bemerken, dass der *American way of life* aus Rücksicht auf den Planeten nicht universalisierbar ist. Und hinsichtlich der künftigen Generationen ist es dringend geboten, sich Alternativen auszu-denken.

6. *Du sollst die Krisen als Bestandteile der Geschichte betrachten!* Die demokratischen Freiheiten erreichen nicht alle Menschen in den westlichen Ländern. Die Armen, die Dienstboten, Sklaven und die Frauen waren lange Zeit davon ausgeschlossen und es bedurfte vieler harter gesellschaftlicher Kämpfe, um diesen Zustand zu verändern. Die Geschichte der Regime des „globalen Nordens“ ist voller Krisen und extremer Gewalt. Die unmittelbaren menschlichen Verluste aus zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert und die politischen Erschütterungen der Zwischenkriegszeit führten zu einem der schlimmsten Genozide der Geschichte. Und jedes Mal diente die industrielle Rationalität der Vernichtung von Millionen Menschenleben. Als Reaktion auf diese Kriege und die Revolutionen, die unmittelbar damit zusammenhingen, entstand der Sozialstaat des 20. Jahrhunderts, so dass die Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie für einige Jahrzehnte entschärft zu sein schien.

7. *Du sollst die Kontingenz der Geschichte berücksichtigen!* Es war nicht selbstverständlich, dass die westlichen Länder ihre Krisen überwinden und es schafften, innerhalb ihrer Grenzen Massendemokratien zu etablieren, die für einige Jahrzehnte einigermaßen stabil blieben. Dass heute die Zukunft der europäischen Union mehr als unsicher ist, zeigt einmal mehr, dass die entscheidenden Dinge nicht rechtzeitig in Angriff genommen werden. Der Mythos, demzufolge der sich entwickelnde Kapitalismus eine Mittelschicht hervorbringt und dass das Entstehen dieser Mittelschicht früher oder später von der Etablierung demokratischer Regime begleitet wird, ist von einem historischen Standpunkt aus betrachtet völlig falsch: der Kapitalismus wurde eher von zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheit als von sozialer Nivellierung begleitet und die Mittelschichten haben eher autoritäre oder zumindest nicht-demokratische Regime unterstützt. Zudem führt er für die Gegenwart wie für die Zukunft in die Irre, wie es sich an der aktuellen politischen Entwicklung in China, Indien oder Brasilien hinlänglich zeigt.

8. *Du sollst der faktischen Provinzialisierung Europas in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen!* Ohne dass diese Korrelation absolut wäre, so geht doch der politische Einfluss im Allgemeinen Hand in Hand mit dem ökonomischen und militärischen. Heute wird die wirtschaftliche Macht Europas mehr und mehr relativiert und selbst die militärische Supermacht USA stößt diesbezüglich an klare Grenzen. Welche politischen Rückkopplungen sind zu erwarten? Es ist wahrscheinlich, dass die Dynamiken, welche in der übrigen Welt am Werk sind, so schwer wiegen, dass sie das Denken und die Praxis des „demokratischen Ideals“ beeinflussen werden.

9. *Du sollst die Geschichte so weit wie möglich unter Berücksichtigung von nicht-westlichen Quellen schreiben!* Wenn die großen westlichen Medien über die Politik in den Ländern der südlichen Halbkugel berichten, werden deren politische Praktiken als unvollständig und unvollkommen gegenüber den entwickelten liberalen Demokratien dargestellt. Und die universitären Studiengänge verstärken noch dieses verzerrte Bild. Die Seminare in politischer Theorie kommentieren bis in alle Ewigkeit die Texte der englischen, US-amerikanischen oder französischen Gründerväter der repräsentativen Regierungsformen und vernachlässigen ganz allgemein die Verfassungsdebatten in Indien, der größten Demokratie der Welt, die Texte zum Neo-Konstitutionalismus

„Dass heute
die Zukunft
der europäischen Union
mehr als unsicher ist,
zeigt einmal mehr,
dass die entscheidenden
Dinge nicht rechtzeitig
in Angriff genommen
werden.“

„Es gibt keine Kultur, die der Idee der Demokratie ihrem Wesen nach feindlich gesinnt wäre.“

in Lateinamerika oder die nicht-dissidenten Reflexionen chinesischer Intellektueller über die Zukunft der Demokratie.

10. *Du sollst einen transnationalen und polyzentrischen Theorieansatz entwickeln!* Es gibt keine Kultur, die der Idee der Demokratie ihrem Wesen nach feindlich gesinnt wäre. Umgekehrt existiert kein Einheitsmaß, mit welchem es möglich wäre, den Grad an Demokratisierung aller Länder der Welt zu messen. Die Geschichte ist nicht zu Ende; vielmehr hält sie noch Überraschungen für uns bereit – im Guten wie im Schlechten. Die standardisierte Sichtweise der liberalen Demokratie wirkt zu armselig, um uns angesichts der Herausforderungen der Gegenwart Orientierung geben zu können. Sie ist umstritten, was ihre Werte betrifft, erkenntnistheoretisch naiv und unter soziologischen Gesichtspunkten wenig realistisch.

Schlussfolgerung

Die These, die ich verteidigen möchte, hat drei Bestandteile: Einerseits erleben wir das Heraufziehen neuer demokratischer Modelle, in denen sich repräsentative Regierungsformen relativiert sehen – mit autoritären und postdemokratischen Tendenzen [35], welche die Institution der Demokratie ihres Inhaltes berauben, aber durchaus auch mit der Intention, andere demokratische Wege aufzuzeigen. Die historischen Erfahrungen, die in die derzeitigen liberalen Demokratien mündeten, enthalten zweifellos universalisierbare Dimensionen: der Rechtsstaat, die Unabhängigkeit der Justiz, die Individualrechte, die Staatsbürgerschaft, das allgemeine Wahlrecht, die freie Öffentlichkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dagegen sind die anderen Dimensionen sehr viel provinzieller: die zentrale Rolle der repräsentativen Wahl und des „freien Mandats“, ein Verständnis von Repräsentation, das es vorzieht, dass die Regierenden sich eher aus einer gesellschaftlichen Elite rekrutieren, als dass sie die soziologische Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren, die Existenz einer weitgehend abgeschlossenen Klasse von Berufspolitikern, die Konzentration der politischen Institutionen auf kurzfristige Herausforderungen, sowie das klassische System der Gewaltenteilung.

Auf der anderen Seite sollte Demokratie nicht als fixierter Zustand aufgefasst werden. Sie ist eine historische Erfahrung, oder genauer genommen eine Abfolge miteinander zusammenhängender Erfahrungen auf unterschiedlichen Wegen – voller Krisen, Sackgassen und Fluchten.

Erstarren ihre Innovationen, verkümmert die Demokratie. Es ist absurd zu glauben, die Geschichte sei zu Ende und die westlichen Demokratien ihr Höhepunkt. Ganz im Gegenteil sind wir heute Zeugen eines weltweiten Trends zur Steigerung der Komplexität der Demokratie [36] und können bereits die Bedingungen ihrer neuen Gestalten analysieren. Ist es nicht arrogant zu glauben, dass ausgerechnet unser System, das selbst schwere Legitimitätskrisen kennt, die Lösung für die politischen Probleme der ganzen Welt sein soll? Und ist es nicht im Gegenteil geradezu verächtlich zu glauben, dass einige Völker nicht für die Demokratie geschaffen sind? Der Westen darf sich aufgrund seiner Erfahrungen mit der Demokratie nicht damit begnügen, anderen Lektionen zu erteilen – vielmehr sollte er vom Rest der Welt lernen.

Und schließlich: Geschichte verläuft nicht linear. Begriffe und Verfahren der Vergangenheit lassen sich unter veränderten Bedingungen und Formbestimmungen anders anwenden, wie es etwa in einigen Ländern die Rückkehr des Losverfahrens gezeigt hat. Schon allein deshalb, weil die globale Dimension des Regierens und die Herausforderungen des Anthropozäns unbedingt beachtet werden müssen, steht die Zukunft weit offen. Es gibt kaum Chancen für die Durchsetzung eines „Durchschnitts“- oder Einheitsmodells. Verschiedene Pfade sind denkbar, selbst innerhalb eines einzigen Landes. Die Geschichte der vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Demokratie war, ist und wird eine gemischte, hybride und vielfältige sein. Daher brauchen wir eine alternative Sichtweise, um die Demokratie im 21. Jahrhundert zu verstehen.

Aus dem Französischen von Matthias Mayer

Anmerkungen

[1] Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*. London: Penguin, 1992, 2. Auflage 2012, S. xi; hier zitiert nach ders.: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München: Kindler, 1992, S. 11.

[2] Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilisation and the Remaking of World Order*. London: Simon & Schuster, 1979; dt., ders.: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien: Europaverlag, 1996.

[3] <<https://freedomhouse.org/report/freedom-world-2012/checklist-questions-and-guidelines>>.

[4] *The Economist*: Democracy Index 2015. Democracy in an Age of Anxiety.

„Ganz im Gegenteil sind wir heute Zeugen eines weltweiten Trends zur Steigerung der Komplexität der Demokratie und können bereits die Bedingungen ihrer neuen Gestalten analysieren.“

- [5] David Held: *Models of Democracy*. 3. Auflage, Cambridge: Polity Press, 2006.
- [6] Thomas Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck, 2014.
- [7] Thomas H. Marshall: „Citizenship and Social Class“. In: *Class, Citizenship and Social Development*. Chicago: Chicago University Press, 1963; dt., ders.: „Staatsbürgerrechte und soziale Klassen“. In: *Moderne (Staats-) Bürgerschaft*. Hrsg. von Jürgen Mackert, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 32–74.
- [8] Pierre Dardot et Christian Laval: *Commun*. Paris: La Découverte, 2014. Elinor Ostrom: *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*, Cambridge: Cambridge University Press, 1990; dt., ders.: *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*, Tübingen: Mohr Siebeck, 1999.
- [9] Hanna Pitkin: *The Concept of Representation*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press, 1972.
- [10] Yves Sintomer, Carsten Herzberg, Anja Röcke: *Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- [11] Marie-Hélène Bacqué, Carole Biewener: *L’empowerment, une pratique émancipatrice*. Paris: La Découverte, 2013; Archon Fung, Erick Olin Wright (Hg.): *Deepening Democracy. Institutional Innovations in Empowered Participatory Governance*, London/New York: Verso, 2003.
- [12] Aristoteles: *Politik*. Buch IV–VI, übers. u. eingel. von Eckart Schütrumpf, erl. von Eckart Schütrumpf und Hans-Joachim Gehrke, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996, S. 27. [Aristoteles: *Werke*; 9,3.]
- [13] Yves Sintomer: *Das demokratische Experiment. Geschichte des Losverfahrens in der Politik von Athen bis heute*, Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- [14] Dominique Pestre (Hg.): *Le gouvernement des technosciences. Gouverner le progrès et ses dégâts depuis 1945*, Paris: La Découverte, 2014.
- [15] Catherine Colliot-Thélène: *Demokratie ohne Volk*. Hamburg: Hamburger Edition, 2011.
- [16] Karim Benyekhlef: *Une possible histoire de la norme. Les normativités émergentes de la mondialisation*, 2. Auflage, Montréal: Thémis, 2015.
- [17] Bruno Latour: *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001; Dominique Bourg et Bastien François: *Pour une VI^e République écologique*. Paris: Odile Jacob, 2011.
- [18] Benjamin Constant: *De la liberté des Anciens comparée à celles des Modernes (1819)*. In: ders.: *Écrits politiques*. Paris: Gallimard, 1997, S. 589–621; dt., ders.: *Über die Freiheit der Alten im Vergleich zu der der Heutigen. Rede vor dem Athénée Royal in Paris*. In: Ders.: *Politische Schriften*. Ausgew., eingel., ergänzend übertr. und kommentiert von Lothar Gall, Berlin: Propyläen, 1972, S. 363–396. [Werke, 4.]

- [19] Sanjay Subrahmanyam: *Aux origines de l’histoire globale*. Paris: Collège de France/Fayard, 2014.
- [20] Edward Saïd: *Orientalismus*. Berlin/Frankfurt am Main: Ullstein, 1981.
- [21] Eric Jones: *The European Miracle. Environments, Economies and Geopolitics in the History of Europe and Asia*, 3. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press, 2003; dt., ders.: *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens*, 2. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck, 2012.
- [22] Alfred W. Crosby: *Ecological Imperialism. The Biological Expansion of Europe, 900–1900*, 2. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press, 2004, S. xv. [Im Original: „The scenario a century ago of historians, nearly all of them Europeans or Euro-Americans, about modern imperialism and the industrial revolution was simple. The Europeans had conquered or at least cowed nearly everyone else in the world because the Europeans were the best people in the world“; dt., ders.: *Die Früchte des weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900–1900*, aus d. Engl. v. Niels Kadritzke, Frankfurt am Main [u. a.]: Campus, 1991. Die vom Autor zitierte Textstelle stammt aus dem Vorwort der englischen Neuauflage von 2004, die (noch) nicht auf Deutsch erschienen ist. (Anm. d. Übers.).]
- [23] Jürgen Osterhammel, Niels P. Petersson: *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München: C.H. Beck, 2003.
- [24] Yves Sintomer: *Le spectre de la démocratie. La politique à la croisée des chemins*, Paris: La Découverte, 2017 (i. E.).
- [25] Bruno Amable: *Les cinq capitalismes*. Paris: Seuil, 2005; Gøsta Esping-Andersen: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 1990.
- [26] Moses I. Finley: *L’invention de la politique*. Paris: Flammarion, 1985, S. 111; Cornélius Castoriadis: *Domaines de l’homme*. Paris: Le Seuil, 1986, S. 282–283; Christian Meier: *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1980.
- [27] Quentin Skinner: *The Foundations of Modern Political Thought*. 2 vol., Cambridge: Cambridge University Press, 1978.
- [28] Marcel Detienne (Hg.): *Qui veut prendre la parole?* Paris: Le Seuil, 2003.
- [29] Jérôme Bourgeon: „Principe de légalité et règle de droit dans la tradition juridique chinoise“. In: Mireille Delmas-Marty, Pierre-Etienne Will (Hg.): *La Chine et la démocratie*. Paris: Fayard, 2007.
- [30] Jean-Laurent Rosenthal, R. Bin Wong: *Before and Beyond Divergence. The Politics of Economic Change in China and Europe*, Cambridge (Mass.)/London: Harvard University Press, 2011, S. 181–182.
- [31] Timothy Mitchell: *Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil*, London [u. a.]: Verso Books, 2011.
- [32] Jürgen Osterhammel: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München: C.H. Beck, 2013, S. 873; Rosenthal, Wong, *Before and Beyond Divergence*, a. a. O., (vgl. Anm. 30).

[33] Robyn Eckersley: *The Green State. Rethinking Democracy and Sovereignty*, Cambridge (Mass.): MIT Press, 2004.

[34] Mitchell, *Carbon Democracy*, a. a. O., (vgl. Anm. 31).

[35] Colin Crouch: *Post-Democracy*. Cambridge / Malden (MA): Polity Press, 2004; dt., ders.: *Postdemokratie*. Aus dem Englischen von Nikolaus Gramm, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008.

[36] Pierre Rosanvallon: *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Hamburg: Hamburger Edition, 2010.

Wer ist das Volk?

Über die Leerstelle der Macht im symbolischen Dispositiv der Demokratie

Von Mathias Richter

„Mein Name! Das Volk! [...] – das Volk ist wie ein Kind, es muß alles zerbrechen, um zu sehen, was darin steckt.“
Georg Büchner: *Dantons Tod* [1]

Die Sorge, dass sich die postmodernen Gesellschaften zunehmend entpolitisieren, hat sich erledigt. Die liberalen Demokratien werden derzeit einem anspruchsvollen Stresstest unterzogen. Bürger gehen auf die Straße, Gründen Initiativen oder verschreiben sich populistischen Parteien linker wie rechter Provenienz. [2] Sie protestieren gegen Neoliberalismus, das Kapital, die EU, gegen Genderpolitik, *political correctness*, den Islam oder einfach gegen Fremde. Ihre politische Herkunft ist recht unterschiedlich, ihre ideologische Einordnung auf den ersten Blick nicht immer einfach. Eindeutig im linken Spektrum befinden sich etwa Gruppen wie Occupy mit ihrem Slogan „Wir sind die 99 Prozent“, die aus der Bewegung der Indignados in Spanien hervorgegangene Partei Podemos oder Syriza in Griechenland, wo Ministerpräsident Alexis Tsipras sich seinen Widerstandsversuch gegen die Finanzpolitik der EU per Volksabstimmung bestätigen ließ. Ideologisch eher hybrid agieren Movimento Cinque Stelle in Italien oder die Brexit-Anhänger in Großbritannien. Klar auf der Rechten zu verorten sind der Front National in Frankreich, FPÖ in Österreich, Pegida und AfD in Deutschland oder der Spitzenkandidat der Republikaner im US-Präsidentenwahlkampf, Donald Trump. Allen gemeinsam ist eine tatsächliche oder auch nur zur Schau getragene Aversion gegen das sogenannte politische Establishment, eine grundlegende Skepsis gegenüber der repräsentativen Parteiendemokratie von der sich viele Bürger

„Die liberalen Demokratien werden derzeit einem anspruchsvollen Stresstest unterzogen.“